

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelefenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Wöchentliche Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt. — Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

**Verkaufsweg:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 3.25, bei Zustellung ins Haus monatlich 3.25, durch die Post bezogen vierteljährlich 9. — ohne Zustellungsgebühr. **Werbekosten:** Die Zeilungsträger und die Beilagen sind des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Verkaufsstelle:** Amt Leipzig Nr. 21543. — **Gemeindeverbandsbezirk:** Bischofswerda Kreis Nr. 64. **Im Falle höherer Gewalt** — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Verleger keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Abgabepreis:** Die 6spaltige Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 90 Bsp., örtliche Anzeigen 60 Bsp. Bei Teilmengen (Zm. Maße 14) 220 Bsp., die 4spaltige Zeile. Bei Wiederholungen nach Maß nach feststehenden Sätzen. — **Abgabe:** Die 6spaltige Zeile 120 Bsp. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Nr. 251.

Mittwoch, den 27. Oktober 1920.

75. Jahrgang.

## Waffenruhe zwischen Polen und Rußland.

**Warschau, 26. Oktober. (Funkpruch.)** In der heutigen Sitzung wurden der Waffenstillstands- und der Verlehnungsvertrag mit Sowjetrußland einstimmig angenommen und das Oberhaupt zur Unterbreitung der Ratifikation im Namen der polnischen Republik ermächtigt. **Warschau, 26. Oktober. (Funkpruch.)** Aus der antikomunistischen Front wurden die Operationen nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes eingestellt. **Moskau, 26. Oktober. (Funkpruch.)** An der Westfront werden unsere Truppen umgruppiert, um die in den Waffenstillstandsbedingungen vorgegebene Linie zu besetzen. Die Kampfaktivität ist eingestellt worden.

## Ein Protest Lettlands.

**Riga, 26. Oktober. (B. I. B.)** Die lettische Regierung überreichte der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Protestnote, die die bekannte Wilsonnote bezüglich des Problems Rußlands und der neuen Staaten beantwortet. Am Dienstag wurde eine Konvention zwischen Lettland und Estland unterschrieben, die die Rechte der Staatsangehörigen beider Staaten betrifft. Mitglieder des lettischen Flüchtlingskomitees, die von Komoroff eingetroffen sind, berichten, daß Ende August in Selaterinodar der lettische Kommissar für Südrußland Wolodmar Grinberg auf Befehl der Sowjetregierung erschossen wurde trotz der vor 10 Tagen erhaltenen offiziellen Nachricht über den Friedensschluß mit Lettland.

## Räuberbanden in Oberschlesien.

**Beuthen, 25. Oktober. (B. I. B.)** Die Verbrechen in Oberschlesien mehren sich wieder. In Dylekowitz bei Dittelsdorf überfielen 25 Personen, mit Karabinern, Revolvern und Handgranaten bewaffnet, in der Nacht vom Montag das Haus des Gutsoverwalters Diebig und plünderten es vollständig aus. Die Beute scheint über die Grenze geschafft worden zu sein. **Beuthen, 25. Oktober. (B. I. B.)** Der paritätische Beirat bei der Interalliierten-Kommission ist auf den 28. d. M. nach Oppeln einberufen worden.

## Die Verhandlungen mit den englischen Bergarbeitern.

**London, 25. Oktober. (B. I. B.)** Den Blättern zufolge soll der von der Regierung an die Bergleute gerichtete Vorschlag eine Lohnerhöhung um 2 sh. und eine bedeutende Steigerung der Kohlenenerzeugung ermöglichen. Im Unterhause erklärte heute abend Lloyd George, er hoffe, daß durch die heutigen Verhandlungen ein Untersuchungsaußenkomitee zur Erzeugung der Kohlenenerzeugung unnötig werden würde.

## Hungertod des Bürgermeisters von Cork.

**London, 25. Oktober. (B. I. B.)** Der Bürgermeister von Cork ist gestorben. Mac Swinnery, der Bürgermeister von Cork, ist sofort nach seiner Verhaftung, am 17. August, in den Hungertod getreten. Das Kriegsgericht in Cork hatte ihn zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil man in seinem Schreibtisch einen Geheimschlüssel des Royal Irish Constabulary aufgefunden. Während zwei Monate lang „Streikberichte“ ausgegeben, tauchte in der Öffentlichkeit vielfach der Zweifel an der Echtheit der Hungertod Mac Swinnerys auf, doch ist bei der Strengere der Bewachung durch die englischen Gefängnisbeamten und bei der vom Gefängnisarzt angeordneten Pflege durch künstliche Ernährung, dieser Skeptizismus offenbar unberechtigt gewesen. Vor einigen Tagen begann der Bürgermeister zu delirieren und der Gefängnisarzt ließ ihn während seiner Bewußtlosigkeit künstlich ernähren. Die Nachricht, daß Mac Swinnery seinem Martyrium jetzt erliegen ist, wird zweifellos eine nachhaltige Wirkung auf ganz Irland und die Freunde der irischen Unabhängigkeitsbewegung in Amerika ausüben, und die Tapferkeit im Corker Gefängnis bleibt ein Ruhmesblatt in der Geschichte des „freigeitlichen“ englischen Volkes.

## Sächsische Volkshammer.

**Dresden, 25. Oktober.** Auf der Tagesordnung der heutigen Volksammer-Sitzung, die um 3 Uhr nachmittags begann, stand zunächst die Aussprache über die Grundbesitzanträge und — Anfragen, die vom Donnerstag vergangener Woche auf heute vertagt worden waren. Zunächst sprach der Abg. Jellisch (Soz.) Er polemisierte gegen den Wucher der Landwirte und den freien Handel und tritt dafür ein, daß ein direkter Verkehr zwischen den Verbraucherorganisationen und dem Erzeuger geschaffen werde und der Zwischenhandel ausgeschaltet werde. Weiter beklagt er den Bodenwucher und teilt mit, daß das Rittergut Verbiadorf von einem Industriellen zu einem Viehhändlerpreis gekauft worden sei. Diese höheren Bodenpreise würden dann wieder auf die Bodenerzeugnisse geschlagen, wodurch die Lebensmittelpreise unerhört verteuert würden. Das Fleisch sei unerhört teuer. Des weiteren verurteilte Jellisch die Chemnitzer Kartoffelschleppungen zu entschuldigen und stützte sich im wesentlichen auf die Rechtfertigung, die die Chemnitzer Überwachungskommissionen bereits veröffentlicht haben. Der Rückweis für die Unschuld von Chemnitz ist ihm nicht gelungen. Zum Schluß kommt der Redner auf verschiedene Akte der Selbsthilfe zu sprechen.

**Abg. Berndt (Dem.)** hält den Preis von 25 Mark für den Zentner Kartoffeln viel zu hoch. 10 bis 12 Mark seien hinreichend nach Erklärungen von Sachverständigen. Eine Anzahl von Gemeinden hätte sich ohne Erfolg gegen die Vertragskartoffeln gewendet. Für zahllose Leute seien die Kartoffelpreise unerträglich. Redner geht dann noch auf die Deputatensatzung ein, die er als Quelle des Schleichhandels anführt. Er spricht sich für eine schärfere Erfassung des Getreides aus.

**Abg. Fleißner (Unabh.)** weist darauf hin, daß der Vordrucker gegen seine eigene Partei polemisiert habe, da er sich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft erklärt habe. Das sei ein Beweis dafür, daß eine völlige Verwirrung der Geister Platz gegriffen habe. Der Erzeugerpreis für Kartoffeln sei mit 11 Mark zu veranschlagen für die heutige Ernte. Es gäbe Kartoffeln in Hülle und Fülle. Weiterhin spricht der Redner über die hohen Preise von Butter, Milch, Eiern und Fleisch, und wirft der sächsischen Regierung vor, daß sie sich um nichts kümmerne. Die Schuld für die heutigen Zustände schiebt er der freien Wirtschaft zu und erklärt die Bergesellschaftung als einziges Heilmittel.

**Ministerpräsident Daut** geht auf die Behauptung des Abg. Fleißner ein, daß große Mengen von Kartoffeln an Brennereien abgegeben würden. Brennereien seien kontingentiert und zwar sei das Kontingent auf ein Drittel herabgesetzt. Eine völlige Schließung der Brennereien sei unmöglich, da Spiritus ein notwendiges Gebrauchsmittel sei. Ebenso sei es mit den Stärkfabriken. Eine Umstellung der Landwirtschaft vom kapitalistischen in ein sozialistisches System brächte auch nicht mehr Nahrungsmittel. Er warnt vor allen Experimenten.

**Abg. Leithold (Deutschn. Sp.)** Die Ernte 1920 habe unter ungünstigen Verhältnissen stattgefunden und bleibe hinter der vorjährigen zurück. Die Stellung des Landespreises habe große Unruhe unter den Landwirten hervorgerufen. Die Selbsthilfe sei eine große Gefahr für die Landwirtschaft. Der Redner geht dann auf die Leuerung für Düngemittel ein. Auch die Maul- und Klauenseuche habe eine schwere Schädigung der Fleischversorgung gebracht. Die Viehpreise seien jetzt noch hoch, aber sie seien bereits im Sinken.

**Abg. Krause-Chemnitz (Soz.)** spricht über die Rinderpest und Fleischpreise und polemisiert gegen die Abg. Leithold und Schmidt.

**Ministerial-Direktor Dr. v. Hübel** wendet sich gegen die durch die Rinderpest geschaffenen Zustände und stellt fest, daß die Rinderpest in Sachsen nicht aufgetreten sei.

**Abg. Böhmer (Deutschn. Sp.)** meint, daß nur die freie Wirtschaft billigere Preise bringen könne, da nur die Zwangswirtschaft schuld an der Teuerung sei. Damit ist die Aussprache erschöpft.

**SZ.** Die Volksammer wird aller Wahrscheinlichkeit nach am Donnerstag ihre Tagung beschließen und dann auseinandergehen. Man will noch erledigen: Die Verfassung, die Vorlage über die Feuerbestattung, die Vermehrung der Landgendarmarie, Gebühren der Tierärzte, die Waisen im Elterbad, Umweltschaden-Anträge und Haushalt der industriellen Betriebe des Staates, Antrag Krug über Religionsunterricht. — Morgen wird mit der Verfassung begonnen werden. Wenn die Vorlage über die technischen Einrichtungen

gen von Bad Eiter bis Donnerstag nicht erledigt werden sollte, so wird Freitag vormittag noch eine kurze Sitzung stattfinden.

## Reichsparteitag der Deutschnationalen.

**Hannover, 25. Oktober.** In den festlich geschmückten Räumen der Hartmoverschen Festhalle begann heute vormittag der zweite Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei. Auf dem Podium sieht man eine Riesenhülle Bismarcks, umgeben von Lorbeer- und Oleanderbäumen, und der ganze Saal war über und über mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt. Er konnte die Menge der erschienenen Teilnehmer kaum fassen. Alle bekannten Führer der Partei waren erschienen, u. a. gewählte man den Staatsminister a. D. Dr. Hefferich, Staatsminister a. D. Hergt, die Abgeordneten Hugenberg, Laverenz, von Greife, Frau Behm u. a. Kurz nach 10 Uhr eröffnete der Abgeordnete Dietrich den Parteitag und erteilte sofort dem

Staatsminister a. D. Hergt

das Wort. In seiner Begrüßungsrede führte der Minister aus, daß der zweite Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei eine Heerschar über die deutschnationale Gefolgschaft sei. Wir wollen hier, so sagte er, Zeugnis ablegen vor aller Welt darüber, was wir sind und was wir wollen. Wenn unser Aufgebot schon im vorigen Jahr für eine junge Partei groß war, so sind wir inzwischen gewaltig gewachsen. Im Juni des Vorjahres standen 3,1 Millionen Reichstagswähler hinter uns. Inzwischen haben wir einen schmerzlichen Augenblick erleben müssen, in dem deutsche Grenzmarken von uns gerissen wurden. Mit den deutschen Brüdern, die heute jenseits der Grenzen leben und denen wir in alter Treue unsere Grüße senden wollen, haben wir Tausende und aber Tausende, ja Hunderttausende von unseren Parteifreunden verloren. Aber wir haben nicht nur diesen Verlust wieder ausgeglichen, sondern sind weit über dieses Ziel hinaus gewachsen. Heute nach der Reichstagswahl vom 6. Juni stehen fast

4 Millionen Reichstagswähler

hinter uns, wenn man in drei Provinzen, die noch nicht gewählt haben, die alten Wählerzahlen zugrunde legt. Aber wir wissen, daß auch in diesen drei Provinzen der Ruf nach rechts vor sich geht, und dann werden uns wiederum Hunderttausende von Wählern zufließen, so daß wir heute schon sagen können, wir sind in Wahrheit die stärkste bürgerliche Partei. Das sind aber nur Etappen auf unserem Wege. Vorwärts muß es gehen. Wir betreiben Weltanschauungspolitik, Politik der großen Ziele, Politik der weiten Sicht. Bieleicht war es förderlich für uns, daß wir Oppositionspartei waren. Wir haben dennoch positive Mitarbeit genug geleistet bei der Befestigung, indem wir durch unsere Anträge das schlimmste verhindert haben. Es ist eine Pflicht für uns, Opposition zu treiben unter der heutigen Herrschaft des parlamentarischen Systems, damit die Interessen der Minderheit gewahrt bleiben, die sonst so leicht verloren gehen, damit das System erinnert wird an seine Verantwortlichkeit. Das Positive ist aber eben, daß wir uns durchgerungen haben zu einer einheitlichen geschlossenen Weltanschauung, zu einer Weltanschauung, die so aufgebaut ist, daß unter ihrem Banner die breitesten Massen des Volkes zusammenströmen können. Ich möchte den Wunsch und die Hoffnung aussprechen, daß unser Parteitag gerade nach außen hin dieses Zeichen zum Ausdruck bringt, daß wir

die Partei der Ideale

sind, die Partei mit dem durchgeistigten Programm. Wir können nicht an taktischen Fragen und an Koalitionsfragen vorbeigehen. Meine zweite Hoffnung ist deshalb, daß der Parteitag auch auf taktischem Gebiete zu einer klaren und zielbewussten Auffassung sich durchdringt. Klar und zielbewusst wollen wir jede Kompromisspolitik ablehnen. Die Augen Deutschlands sind auf unseren Parteitag gerichtet. Die anderen Parteitage waren mehr oder weniger eine Enttäuschung, ja ein großes Fiasko. Der Generalvorstand der Deutschen Volkspartei hat sich nicht zu dem großen Schwünge erheben können, wohl, weil es die Welt zu beruhigen, aufzufrieden und zu entschuldigen galt. Der Parteitag in Halle hat eine Partei erschlagen. Von Kassel her erklang Triumphgeschrei. Es scheint wie ein Sieg, aber wenn es ein Sieg war, dann war es ein Partusieg. Der Parteitag in Kassel hat es nicht vermocht, zu den brennenden Fragen des Tages, die die Sozialdemokratie zum Beispiel zum Erfurter Programm